

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 7. Juni 2017

Erziehungsdirektion

**17 2017.RRGR.285 Übrige Geschäfte
Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule**

Präsidentin. Wir kommen zum Traktandum 17. Ich begrüsse den Herrn Regierungspräsidenten Bernhard Pulver. Das vorliegende Geschäft, Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule, wurde von der Bildungskommission (BiK) vorbereitet. Es wird in freier Debatte beraten. Bei der vorliegenden Erklärung handelt es sich um einen Grossratsbeschluss. Antragstellerin ist die BiK. Mit dem Beschluss wird der Antrag der BiK zur Erklärung des Grossen Rates. Damit hätte die Vorlage ein wesentlich höheres politisches Gewicht. Es liegen Änderungsanträge vor. Dem Grossen Rat steht es offen, ob er den Grossratsbeschluss in der ursprünglichen oder in geänderter Form genehmigt, das heisst, ob die Anträge angenommen werden oder nicht. Bei den ersten Anträgen geht es jedoch darum, ob die Erklärung genehmigt oder zur Kenntnis genommen wird. Entsprechend werden dann auch die Abstimmungsfragen lauten, sodass genehmigt oder zur Kenntnis genommen wird.

Antrag BDP (Kohli, Bern)

Titel

«~~Grossratsbeschluss betreffend Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule~~» ersetzen durch: «Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule».

Antrag BDP (Kohli, Bern)

«~~Der Grosse Rat beschliesst vor diesem Hintergrund die folgende Erklärung:~~» ersetzen durch: «Der Grosse Rat nimmt vor diesem Hintergrund die folgende Erklärung zur Kenntnis:».

Antrag FDP (Sommer, Wynigen) / BiK (Schmidhauser, Interlaken)

Ergänzung zu Ziffer 4:

Mit vorliegender Erklärung schliesst der Grosse Rat die aktuellen Diskussionen um die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule ab.

Antrag FDP (Sommer, Wynigen)

Neue Ziffer 5:

Vorbehalten bleiben Untersuchungen der GPK hinsichtlich der Vorgehensweise der Erziehungsdirektion und der Berner Fachhochschule.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP), Kommissionssprecherin der BiK. Eigentlich sollte ich heute gar nicht hier stehen. Denn eigentlich haben wir letzten Juni das Thema Fachhochschulstandorte abgeschlossen. Das haben wir eigentlich alle gedacht. Denn nach langem Ringen lag letzten Juni ein Kompromiss vor. Damit sollte die Fachhochschule neu zusammengesetzt werden. Das berühmte WGS, das Departement Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit, sollte zusammengeführt werden. Das damals noch etwas im Nebel stehende, aber für uns alle glaubwürdig erscheinende TecLab hätte nach Burgdorf gebracht werden sollen. Finanzielle Berechnungen wurden vorgestellt. Neue, optimierte Zusammenarbeiten, gerade im besagten WGS, wurden angekündigt.

Wir alle haben daran geglaubt. Dies auch im Wissen darum, dass die Realisierung der ganzen Geschichte erst nach langen 10 Jahren mit dem Umzug abgeschlossen sein wird. Zu diesem Zeitpunkt werden die wenigsten unter uns noch im Rat sein. Wir alle haben daran geglaubt.

Wenige Monate nach diesem Schulterschluss haben wir eine Mitteilung der Fachhochschulleitung erhalten, wonach das WGS organisatorisch aufgeteilt werde. Nicht geografisch, nein, führungs-mässig, jede Einheit für sich. Einige haben sich doch etwas verwundert die Augen gerieben und sich gefragt, wie es nun um die Einheit des WGS stehe. Sachlich gab es zweifellos Erklärungen zu dieser überraschenden Aufteilung. Aber in der zeitlichen Nähe zu den langwierigen politischen Abklärungen wurde dieser Schritt von vielen Kreisen als Verlust der Glaubwürdigkeit angeschaut. Warum hatte man nicht zumindest die Möglichkeit dieser Aufsplitterung kommuniziert? Warum wurde diese Möglichkeit in den Gesprächen in der BiK nicht thematisiert? Warum wurde immer vehement auf die Zusammenarbeit im WGS hingewiesen? Plötzlich wurden wir in der BiK, insbesondere aus dem Emmental, mit Forderungen nach einer Aufsplitterung des WBS konfrontiert – eben gerade auch geografisch. Der Standortkompromiss wurde plötzlich laut, teilweise leise, teilweise gar nicht in Frage gestellt. Referendumsdrohungen zu den Krediten wurden mehr oder weniger laut ausgesprochen. Die BiK sah sich in der Verantwortung, das Thema nochmals aufzurollen. Was gilt nun? Ist nach der organisatorischen Aufteilung mit neuen, anderen Überraschungen zu rechnen? Dürfen wir den Beteuerungen am Festhalten an der intensiven Zusammenarbeit zwischen den Departementen noch Glauben schenken? Dies betrifft namentlich die gesuchte und verlangte geografische Nähe des WGS, das in Bern in einem wunderbaren Campus zustande kommen soll. Oder war alles nur ein Sturm im Wasserglas?

In mehreren Sitzungen hat die BiK mit Vertretern der Fachhochschulleitung, der Erziehungsdirektion, des Emmentals die aufgetretenen Fragen nochmals diskutiert. Es wurden neue Zusicherungen erfragt und abgegeben. Seitens der Verantwortlichen wurden Mängel in der Kommunikation eingeräumt. Das Resultat all dieser Gespräche liegt in der Erklärung der BiK zusammengefasst vor. Der Erklärung können Sie entnehmen, dass es der BiK daran liegt, das Bekenntnis zu einem starken Bildungsstandort zu bekräftigen. Die BiK erwartet, dass die geplanten Projekte nun ohne Verzögerung umgesetzt werden. Wir wollen keine Referenden zu anstehenden Krediten unterstützen. Wir fordern den Regierungsrat dazu auf, offensiv zu kommunizieren, sollte es zu Veränderungen in den Projekten kommen. Die Bildungskommission hat die vorliegende Erklärung bei zwei Enthaltungen einstimmig verabschiedet.

Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zur Form der Erklärung. Wir hatten das noch nie im Grossen Rat. Artikel 59 des Grossratsgesetzes sieht diese Möglichkeit vor. Mit diesem Instrument soll der Grosse Rat, ich zitiere, «... zu wichtigen Ereignissen oder Problemen, die den Kanton betreffen, eine Erklärung abgeben oder eine Aussprache verlangen.» Bei einem Geschäft, das den Kanton in den nächsten Jahren gesamthaft vermutlich über 600 Mio. Franken kosten wird, scheint uns die erstmalige Anwendung dieses Elements durchaus angebracht. Mit der Erklärung möchte die BiK dem Grossen Rat einerseits kundtun, dass sie sich mit dem Geschehen intensiv auseinandergesetzt hat und zu den vorliegenden Schlussfolgerungen gekommen ist. Andererseits möchten wir, dass sich der Grosse Rat dazu äussern kann. Es soll nicht bei einem klandestinen, quasi heimlichen Vorgehen in der BiK bleiben. Wir wollen gemeinsam einen Schlusstrich über das Vorgefallene ziehen.

Kurzfristig wurden Änderungsanträge eingereicht. Die BiK hat sich kurz damit auseinander gesetzt. Sie steht einstimmig hinter dem Antrag der FDP, in Ziffer 4 das Wort «aktuell» einzufügen. Das ist etwas, was wir bei der Redaktion schlicht übersehen haben. Einstimmig lehnt die Kommission hingegen weitergehende Anträge ab. Die Kommission steht hinter der jetzigen Erklärung. Es steht der Kommission nicht zu, allfällige Abklärungen der GPK zu verhindern. Das ist demokratisch schlicht nicht vorgesehen. Es handelt sich um ein Aufsichtsorgan, und da haben wir kein Weisungsrecht. Ebenso einstimmig stellt sich die BiK gegen den Antrag der BDP, wonach die Erklärung lediglich zur Kenntnis zu nehmen sei. Es liegt uns daran, dass der Grosse Rat die Erklärung nicht nur lesen kann, sondern sich inhaltlich dazu äussert und nochmals ein Bekenntnis zur jetzigen Situation der Fachhochschulstandorte abgibt. Die BiK beantragt einstimmig die Genehmigung der vorliegenden Erklärung.

Präsidentin. Wie Sie gehört haben, unterstützt die Bildungskommission den Antrag zu Ziffer 4. Das Wort haben nun die Antragsteller.

Vania Kohli, Bern (BDP). Zunächst möchte ich mich bei den angehenden Richterinnen und Rich-

tern entschuldigen, dass es länger dauert. Peter Sommer und ich als Stimmenzählende haben nicht gewusst, dass das Geschäft heute morgen traktandiert ist. Darum dauert es halt etwas länger mit dem Auszählen.

Zu den Anträgen BDP. Warum haben wir die Anträge überhaupt gestellt? Inhaltlich stehen wir klar hinter den Erklärungen der BiK, die in vier Punkten vorliegen. Wir stellen aber fest, dass es sich dabei um gefällte Grossratsbeschlüsse handelt. Man sollte einen Beschluss nicht nochmals beschliessen. «Ne bis in idem», nicht zweimal in derselben Sache – das hat uns überzeugt. Man sollte in diesem Rat nicht damit beginnen, Beschlossenes noch einmal zu beschliessen. Es wäre ausreichend, die guten Punkte der BiK zur Kenntnis zu nehmen. Daraus sollte nicht noch einmal ein Grossratsbeschluss gemacht werden. Daher möchten wir den Titel, «Grossratsbeschluss betreffend Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule» zu einer «Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule» machen. Ferner soll «Der Grosse Rat beschliesst vor diesem Hintergrund die folgende Erklärung» ersetzt werden durch «Der Grosse Rat nimmt vor diesem Hintergrund die folgende Erklärung zur Kenntnis». Wir möchten also nicht, dass beschlossene Beschlüsse nochmals beschlossen werden. Das macht keinen Sinn. Wir bitten Sie, unseren beiden Anträgen zuzustimmen.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Ziffer 4 ist eigentlich selbstredend. Damit soll präzisiert werden, dass die vorliegende Erklärung des Grossen Rates die aktuelle Diskussion um die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule abschliesst. Zu Ziffer 5. Damit wollten wir erreichen, dass die Diskussion im Grossen Rat wieder aufgenommen werden kann, sollte die GPK zu neuen Erkenntnissen kommen. Mit der neuen Ziffer 5 sollen entsprechend Untersuchungen der GPK hinsichtlich der Vorgehensweise der Erziehungsdirektion und der Berner Fachhochschule vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit haben wir jedoch festgestellt, dass der Antrag ordnungspolitisch nicht ganz sauber ist. Die GPK ist ein unabhängiges Kontrollorgan und untersucht in eigener Regie. Genau dieses Organ ist in solchen Fragen vom Grossen Rat mandatiert. Es handelt in seinem Auftrag und untersucht Prozesse und Abläufe. Sollte die GPK zum Schluss kommen, Handlungsbedarf sei da, so entscheidet sie das in eigener Regie. Aus diesem Grund ziehen wir den Antrag zu Ziffer 5 zurück.

Präsidentin. Ziffer 5 wurde zurückgezogen. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Die Erklärung, über die der Grosse Rat heute abstimmt, hat eine lange, lange Geschichte. Wir haben es von der Sprecherin der BiK gehört. Die BiK hat alle Ungereimtheiten und Vorwürfe sehr ernst genommen. In einem aufwändigen Prozedere hat sie Betroffene wie auch Angeschuldigte angehört und intensiv nach Lösungen gesucht. Ein Referendum betreffend Standortfrage wäre das Allerletzte, das wir als Bildungskanton Bern brauchen könnten. Der BiK geht es bei der Erklärung darum, den Prozess der Standortfrage jetzt abzuschliessen. Mit der Erklärung soll der Wille des Grossen Rates nochmals zementiert werden, dass der Campus Bern wie auch die Institutionen in Burgdorf vorangetrieben werden. Die BDP-Fraktion steht hinter diesem bildungspolitischen Vorgehen und stützt die Erklärungen der BiK inhaltlich. Wir sind froh, wenn die Beschlüsse des Grossen Rates, die in der Vergangenheit zu den Bildungsstandorten gefällt wurden, mit diesem Geschäft nach allen Turbulenzen nochmals bekräftigt werden. Wir müssen nun vorwärts machen und zeigen, dass der Kanton Bern seine Bildungsinstitutionen auf Vordermann bringen will. Nun zu den Anträgen. Die Anträge Kohli beziehen sich mehr auf formaljuristische und redaktionelle Aspekte. Sie werden von einer grossen Mehrheit der Fraktion unterstützt. Der Antrag Sommer zu Ziffer 4 wird nun auch von der BiK unterstützt. Dieser Antrag wird von uns einstimmig unterstützt.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Bitte entschuldigen Sie, dass ich mich hier vordränge. Ich hätte unsere Fraktionserklärung eigentlich bereits beim Antrag einbringen können. Die FDP wird der vorliegenden Erklärung geschlossen zustimmen. Auch wir möchten eine möglichst rasche Realisierung der Standortkonzentration der Berner Fachhochschule. Auch wenn das ganze einen fahlen Beigeschmack hinterlässt, möchten wir weder materiell noch inhaltlich «es Gschtürm», sondern die Diskussion nun abschliessen. Auch bei uns hat die Glaubwürdigkeit der Berner Fachhochschule stark gelitten, hatte doch gerade unsere Partei stets grosses Vertrauen in die Leitung der Berner Fachhochschule. Ein gewisser Reputationsschaden wurde angerichtet, und es wird wohl eine Weile dauern, bis dieser wieder behoben ist. Trotzdem ist es aus unserer Sicht wichtig und richtig, dass sich die BiK nicht nur mit Beteuerungen und Absichtserklärungen seitens der BFH, respektive der

Erziehungsdirektion zufrieden gegeben hat. Sie hat stattdessen eine Erklärung erarbeitet, die nun vom gesamten Grossen Rat beraten und beschlossen wird. Als weitere Folge hat die BiK auch eine Motion eingereicht, wonach die beiden Projekte Bern-Weyermannshaus und Burgdorf miteinander verknüpft werden sollen. Ich glaube auch als Emmentaler Grossrat, dass mit diesen beiden Schritten das Vertrauen ein Stück weit wiederhergestellt werden kann. Schlussendlich kann es nicht sein, dass Burgdorf entgegen der ursprünglichen Absicht bei der Standortkonzentration dereinst mit leeren Händen dastehen sollte. Die beiden Anträge BDP Kohli lehnen wir ab, weil wir explizit einen Beschluss und keine Kenntnisnahme wollen. Die Kommissionssprecherin hat es gut gesagt. Ein Grossratsbeschluss kann nach unserem Dafürhalten auch nicht zur Kenntnis genommen werden. Darum möchten wir wie gesagt erneut einen Beschluss fassen. Die FDP stimmt der vorliegenden Erklärung mit der Ergänzung in Ziffer 4 zu und lehnt die Anträge BDP Kohli ab.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Wie von Kommissionssprecherin Corinne Schmidhauser und von Ueli Stähli erklärt wurde, hat die Sache eine ziemlich lange Vorgeschichte. Man hatte den Eindruck, im letzten Juni sei sie zu einem Ende gekommen. Und weil die Vorgeschichte noch nicht erwähnt wurde, tue ich das hier nun kurz. Im März 2012 hat der Grosse Rat, dem ich damals noch nicht angehörte, zum ersten Mal in Sachen Standortfrage der Fachhochschule eine Entscheid gefällt. Unbestritten war stets, dass die Zersplitterung namentlich auch in der Stadt Bern nicht befriedigend ist. Daran hat niemand je gerüttelt. 2012 hat der Grosse Rat beschlossen, dass sowohl Burgdorf als auch Biel auch in Zukunft Fachhochschulstandorte sein sollen. Eine Planungserklärung für Burgdorf wurde mit 118 zu 26 Stimmen angenommen, sogar noch deutlicher als die Planungserklärung für Biel. Damals wollte der Regierungsrat Burgdorf eigentlich aufgeben. Im Jahr 2014 machte die Stadt Burgdorf, konkret die hier anwesende ehemalige Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch, eine gute Offerte für die Übernahme des gesamten Departements Wirtschaft, Gesundheit und Soziales. Die Stadt Bern, das muss man auch sagen, hat ein gewaltiges Lobbying gestartet. Es wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die sich ungefähr während eines Jahres mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Im Sinne eines Kompromisses hat der Regierungsrat vorgeschlagen, anstelle des gesamten WGS die Technische Fachschule nach Burgdorf zu übersiedeln und dort ein Zentrum für erneuerbare Energie zu schaffen, das so genannte TecLab. Die Stadt Burgdorf und das Emmental haben sich gefügt, vielleicht etwas zähneknirschend. Aber manchmal hat man halt lieber den Spatz in der Hand.

Von der Begleitgruppe kam das Thema anschliessend in die Bildungskommission. Die Bildungskommission hat es sich nicht leicht gemacht. An mehreren Sitzungen hat sie sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Sie hat namentlich eine alternative Abklärung verlangt, was es bedeuten würde, wenn man das Departement WGS auseinandernehmen würde. Genau das ist der Punkt, an dem die Aufregung entstanden ist. Es wurde nämlich genau das verlangt, was nun organisatorisch geschieht. Das WGS wird auseinandergenommen, und die Wirtschaft wird in Burgdorf angesiedelt. Dazu wollte man eine Abklärung machen. Man hat uns wortreich erklärt, das gehe nicht. Das WGS sei ein Alleinstellungsmerkmal. Es müsse unbedingt zusammenbleiben, denn das gebe es sonst auf diese Art nirgendwo. So könne man interdisziplinär zusammenarbeiten. Auch in der Ratsdebatte am 1. Juni 2016 hat Regierungsrat Pulver so argumentiert. Ich zitiere: «Nun sage ich noch etwas zu den verworfenen Varianten. Wir haben die Aufteilung einzelner BFH-Departemente geprüft und aus folgenden Gründen verworfen. Sie haben uns in der Planungserklärung den Auftrag gegeben, die BFH departementsweise zu konzentrieren. Sie sagten nicht, dass wir die Departemente auseinandernehmen sollen.» Kurz darauf hat offenbar die Fachhochschule intern das Spiel gedreht und die gesamte Organisation wieder in Frage gestellt.

Ich gehe davon aus, dass der Erziehungsdirektor das nicht so wollte. Wir sehen aber die Problematik der Entscheidungsmechanismen in den Gremien. Der Schulrat verfügt offenbar über relativ hohe Kompetenzen und eine eher geringe politische Sensibilität. Nach unserer Entscheid vom 1. Juni wurde ein anderer Entscheid aufgegleist. Am 9. Dezember war dann entschieden, dass das Departement WGS zerschlagen wird. Im gleichen Communiqué stand auch, Departementschef Thomas Hodel werde die BFH verlassen. Auf einmal war nicht mehr so sehr von Interdisziplinarität und Alleinstellungsmerkmal des Departements WGS die Rede, sondern von starken Kernbereichen und klaren Strukturen. Mir kommt in diesem Zusammenhang ein Zitat des früheren deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in den Sinn: «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.» Die BiK hat sich darauf nochmals und kontrovers mit der Thematik auseinandergesetzt. Die verschiedenen Akteure wurden angehört – die Kommissionssprecherin hat es erwähnt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das Konzept nicht auf den Kopf stellen wollen. Denn nun ist es zu spät, das

«Zügli» ist am Fahren. Für uns ist wichtig, dass Burgdorf und das Emmental nicht die Verlierer in dieser Geschichte sind. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen daher, den Beschluss anzunehmen. Den Antrag der BDP lehnen wir ab. Wie die BiK empfehlen wir den Antrag zu Ziffer 4 zur Annahme.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (EVP). Die EVP-Fraktion nimmt die Erklärung gerne als verbindlichen Grossratsbeschluss an. Wir sind sehr froh um die Abklärungen der BiK, das Anhören der Parteien und die sorgfältige Aufarbeitung dieser Geschichte, die doch kurzfristig hohe Wellen geworfen hat. Wir unterstützen alle Punkte der Erklärung voll und ganz. Den starken Bildungsstandort mit den geplanten Projekten, eine offene Informationspolitik von allen Beteiligten und den Abschluss der aktuellen Diskussionen um die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule. Damit habe ich schon gesagt, dass die EVP-Fraktion mit dem Antrag FDP und BiK einverstanden ist, wonach in Ziffer 4 der Zusatz «aktuell» aufzunehmen ist. Die Abänderungsanträge der BDP lehnen wir ab. Wir wollen der Erklärung bewusst das nötige Gewicht geben. Es soll nicht nur eine unverbindliche Kenntnisnahme sein. Nein, wir meinen, es müsse ein verbindlicher Beschluss des Grossen Rates sein – ein starkes Bekenntnis zu den vorliegenden Worten.

Zur Geschichte möchte ich keine weiteren Ausführungen machen. Das haben meine Vorredner bereits getan. Ich kann es jedoch nicht unterlassen, einige Worte zur Ursache dieser Erklärung zu sagen. In einem Newsletter der EVP aus dem Nationalrat steht unter anderem: «Wer nicht will, dass Dinge sichtbar werden, lehnt Transparenz ab.» Dort geht es im Moment um Transparenz bei der Finanzierung von Parteien, Wahlen und Abstimmungen – das ist auch sehr wichtig. Hier geht es um Transparenz bezüglich eines strategischen Entscheids des Schulrats der Berner Fachhochschule. Es ist doch immer so: Wo wir nicht mit offenen Karten spielen, entsteht der Eindruck, dass wir etwas verheimlichen. Dass wir uns vielleicht vor negativen Folgen fürchten. Diesen wollen wir aus dem Weg gehen. Oder man findet es einfach nicht nötig; man ist überzeugt, dass es niemanden etwas angeht. Es ist ja eine Frage der Strategie. Tatsächlich muss eine Schule selbst entscheiden, wie sie sich am besten organisiert, positioniert und vermarktet. Es ist jedoch nicht mehr nur eine Sache der Schule, wenn solche strategischen Entscheidungen – wie sie hier mit der Aufteilung der Departemente getroffen wurden – in einer so sensiblen und angespannten Situation gefällt werden. Eine Stabilisierung und Beruhigung hätten wir uns gewünscht. Leider ist das Gegenteil eingetroffen. Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass der Schulrat der BFH gut beraten gewesen wäre, von Anfang an mit Offenheit aktiv seine Gedanken und Absichten zu teilen und etwas mehr politisches Gespür zu zeigen. Unser demokratisches System kann nur gut funktionieren und seine Stärken ausspielen, wenn wir Transparenz und Ehrlichkeit hochhalten. Wenn wir miteinander reden und aufeinander zugehen. So können wir Missverständnisse, Misstrauen und Scherbenhaufen vermeiden. Nehmen wir uns das doch alle wieder einmal zu Herzen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Es ist lustig – mein vorbereitetes Votum beginnt mit dem gleichen Wort wie dasjenige der Kommissionssprecherin. Eigentlich sind wir heute im Grossen Rat gleich weit wie vor einem Jahr. Mit der Erklärung wollen wir seitens der BiK eigentlich nur bestätigen, was wir am 12. Juni des letzten Jahres in diesem Saal bei einer einzigen Gegenstimme grundsätzlich beschlossen haben, als wir den Bericht zur Standortkonzentration zur Kenntnis genommen haben. Aus unserer Sicht wäre die heutige Wiederholung eigentlich nicht notwendig. Was unsere damalige Fraktionspräsidentin gesagt hat, gilt immer noch. Sie hat beispielsweise gesagt, wir seien sehr überzeugt, dass Erziehungsdirektion und Regierung mit den Vorschlägen im Bericht eine Lösung präsentierten, die aus der Sicht der Grünen keine Verlierer hinterlasse. Das an die Adresse von Samuel Krähenbühl. Er hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Burgdorf nicht zu den Verlierern gehören werde. Für uns war schon damals klar, dass dies nicht geschehen darf. Die Fraktionsprecherin der Grünen hat nämlich vor einem Jahr auch schon gesagt, wir seien überzeugt, das Cleantech-Labor TecLab und die Technische Fachschule in Burgdorf würden in einigen Jahren einen neuen bildungspolitischen Leuchtturm für den Kanton Bern darstellen. Für uns Grüne, das hat sie auch gesagt, ist besonders wichtig, dass das künftige TecLab im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zustande kommt. Es wird gesamtgesellschaftlich zukunftsweisend und vielleicht sogar gesamtschweizerisch ein Leuchtturm der bernischen Bildungspolitik sein. Wie gesagt wäre die Ehrenrunde nicht notwendig gewesen, um die Aussagen der Grünen zu wiederholen.

Wir haben uns in der BiK dennoch, wenn auch zähneknirschend, hinter die Erklärung gestellt. Wir tun das auch im Ratsplenum. Denn wir wollen ein Zeichen an die Adresse der Burgdorferinnen und Burgdorfer setzen. Diese zweifeln offensichtlich an der Verlässlichkeit der Politik und vor allem der Verantwortlichen der Fachhochschule. Wir Grünen haben vor einem Jahr unser Wort gegeben, und

dazu stehen wir immer noch. Mit der Erklärung möchten wir aber auch ein Zeichen setzen, dass das unfruchtbare «Gschtürm» der letzten Monate beendet ist. Es hat uns in der Bildungskommission sehr viel Zeit – unnötige Zeit – gekostet, die wir besser für andere bildungspolitische Diskussionen eingesetzt hätten. Das gilt auch für die Mitarbeitenden der beiden zuständigen Direktionen und ihre politischen Verantwortlichen, für Baudirektorin Barbara Egger und Erziehungsdirektor Bernhard Pulver. Wir hoffen, dass die Arbeiten, die für die verschiedenen Bauprojekte der Berner Fachhochschule schon lange im Gang waren, nun wieder ohne Ablenkung und Verunsicherung vorangetrieben werden können. Wir betonen, dass eben auch die Arbeiten für den Standort Burgdorf längst im Gange waren, als das «Gschtürm» losgetreten wurde. Auch die Behörden von Burgdorf waren darüber informiert.

Wenn wir einen sauberen Schlussstrich ziehen wollen, muss ich noch auf einige Aspekte zu sprechen kommen. Ich meine damit nicht die auch in der Bildungskommission aufgekommene Vertrauensproblematik, als vertrauliche Kommissionspapiere an die Medien gelangten. Ich meine erstens einmal, dass von verschiedener Seite, Medien wie auch Ratsmitgliedern, berechtigte Hinweise gemacht, begründete Fragen gestellt und verständliche Emotionen vorgebracht wurden. Vereinzelt gab es jedoch auch unfaire, pauschale und letztlich ungerechtfertigte Kritik. Wir konnten uns in den Anhörungen in der BiK von den Verantwortlichen der Fachhochschule und der Erziehungsdirektion überzeugen lassen, dass der Vorwurf, wonach der Grosse Rat bewusst angelogen worden sei, nicht haltbar ist. Wir erwarten, dass mit der Annahme der Erklärung heute solche Vorwürfe der Vergangenheit angehören. Wer nicht die Grösse hat, diese Vorwürfe zurückzuziehen, soll sie wenigstens nicht mehr wiederholen. Gerne hätte ich noch zu zwei weiteren Aspekten gesprochen, aber meine Redezeit neigt sich bereits dem Ende zu. Wir Grünen bitten Sie, der Erklärung ohne Abänderung, mit Ausnahme des Wörtchens «aktuell», zuzustimmen.

Nicola von Greyerz, Bern (SP). Ich könnte nun sagen: Aller guten Dinge sind drei. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass wir vor einem guten Jahr am selben Punkt standen wie heute. Aber in der Politik ist es halt manchmal so – man muss Zusatzrunden drehen. Und diese Zusatzrunden sind vielleicht auch nicht schlecht. In den letzten Monaten haben wir in der BiK in zahlreichen Sitzungen gute Arbeit geleistet. Wir haben uns zusammengerauft und nach einer gemeinsamen Erklärung gesucht, diese auch gefunden und einstimmig verabschiedet. Das ist gute Arbeit, die wir alle miteinander leisten konnten. Ich danke der BiK und auch der Vizepräsidentin nochmals dafür.

Dass es so lange gedauert hat, hat auch damit zu tun, dass im Vorfeld der BiK-Sitzungen Dinge gelaufen sind, die nicht so gut waren. Einerseits hat die Berner Fachhochschule Entscheide getroffen, über welche sie die Bildungskommission nicht informiert hat. Das war nicht gut. Es war auch nicht gut, wie man versucht hat, diesen Entscheid politisch auszuschlachten. Das muss hier auch nochmals klar gesagt werden. Dass man Kommissionsprotokolle den Medien zugespielt hat, war unnötig. Das hat der Bildungskommission, dem Bildungsstandort Bern und der Fachhochschule massiv geschadet. Wer da welche Interessen hatte, möchte ich hier im Raum stehen lassen, aber mit der Erklärung eigentlich auch abschliessen. Jeder muss mit sich selbst ins Reine kommen, warum er das gemacht hat.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat sich seit jeher für einen starken Fachhochschulstandort und einen starken Bildungsstandort Bern – und da meine ich natürlich nicht nur die Stadt Bern, sondern den Kanton Bern – ausgesprochen. Daher war für uns stets klar, dass wir die Fachhochschulentscheide weiterhin unterstützen. Wir stimmen also der Erklärung mit ganzem Herzen zu. Auch dem Antrag der FDP stimmen wir zu, und alle anderen Anträge lehnen wir ab. Damit unterstützen wir die Berner Fachhochschule und auch den Bildungsstandort Burgdorf mit dem TecLab und schicken diese in eine gute, positive und starke Zukunft.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Es sind ein paar Jahre ins Land gezogen, seit wir im Jahr 2012 mit dem Geschäft begonnen haben. Gefühlt würde ich von zwei, drei Jahren sprechen, aber in Wirklichkeit sind fünf Jahre vergangen, seit sich der Rat mit dem Geschäft auseinanderzusetzen begonnen hat. Nun kommen wir langsam zum Kredit, sodass wir mit dem Bau in Biel beginnen können, und auch Burgdorf können wir nun hoffentlich wieder auf die Geleise bringen. Zu Beginn hat der Erziehungsdirektor den Bildungspolitikern die Ergebnisse einer Studie vorgestellt. Auf diese Expertenstudie kommen wir heute in anderem Zusammenhang auch noch zu sprechen. In der Studie wurde eindeutig empfohlen, es sollte für die Berner Fachhochschule im Raum Bern-West ein Campus erstellt werden. Im Grossen Rat wurde sehr rasch deutlich – Samuel Krähenbühl hat es erwähnt –, dass eine solche Konzentration auf einen Campus in Bern politisch null Chancen hat.

Die Erziehungsdirektion ist anschliessend über die Bücher gegangen. Sie hat einen Standortkompromiss gezeitigt. Für einmal war das auch aus der Sicht der Fraktion glp ein guter Kompromiss. Es ist durchaus legitim, dass Regionen hier ihre Interessen vertreten. Diesmal war es das Emmental. Es ist auch legitim, dass die Regionen mehr verlangen als eine unverbindliche Planungserklärung. Die vorliegende Erklärung der Bildungskommission wurde einstimmig verabschiedet.

Damit liegt nun die Verbindlichkeit vor. Etwas Verbindlicheres können wir vonseiten der Kommission nicht machen. Was wir nun noch gefordert haben, ist die Verknüpfung der Kredite. Das kann man erreichen. Ginge man weiter, würden die Partikularinteressen der Regionen deutlich auf Kosten des Gesamten gehen. Und das Gesamte darf man bei aller Interessenvertretung nicht aus den Augen verlieren. Die glp empfiehlt Ihnen, der Haltung der BiK uneingeschränkt zu folgen, inklusive dem Antrag Sommer. Ich möchte dem Erziehungsdirektor nochmals dafür danken, dass er das Geschäft wieder auf die Geleise gebracht hat. Ich hoffe, es sei nun auf der Erfolgsschiene, und es komme nicht nochmals unerwartet zu einer Entgleisung auf einer Weiche. Es wurde gesagt, das Vertrauen sei etwas angekratzt worden. Für mich wurde zumindest nicht das Vertrauen zum Erziehungsdirektor angekratzt. Ich erhielt sogar den Eindruck, es habe in diesem Geschäft Phasen gegeben, in welchen er den Kopf hinhalten musste. Wir wissen zwar alle, dass Politiker manchmal den Kopf für etwas hinhalten müssen, für das sie nichts können – das gehört zum Beruf. Der Schulrat der Fachhochschule, der für die Kommunikation verantwortlich war, hat ungeschickt kommuniziert. Ich hoffe, sie haben daraus etwas gelernt. Und der Erziehungsdirektor musste es dann ausbaden. Daher möchte ich ihm an dieser Stelle noch ganz herzlich danken, dass er das ausgehalten hat, dass er es ausgebadet hat, und dass der Zug wieder zurück auf der Erfolgsschiene ist.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich halte mich kurz, ganz im Sinne der Ratspräsidentin, die gestern in der Antrittsrede gesagt hat, man solle nicht wiederholen, was bereits mehrfach gesagt wurde. Die EDU-Fraktion hat sich davon überzeugen lassen, dass wir der Erklärung das nötige Gewicht geben sollten. Die BDP-Anträge waren uns an sich sympathisch. Wir werden sie jedoch gleichwohl ablehnen. Wir werden ganz im Sinne der BiK abstimmen. Wir sind froh, hat die BiK das Geschäft nicht nochmals als Ganzes traktandiert. Stattdessen können wir das nun mit der Erklärung abschliessen. Denn wir wollen ja nicht zu neuen Erkenntnissen oder anderen Schlüssen kommen. In diesem Sinne lehnt die EDU die ersten beiden Anträge ab und stimmt dem dritten zu.

Präsidentin. Nun kommen wir zu den Einzelsprechenden.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Wir haben viel über diese Geschichte gehört. Wir rollen nun nicht mehr alles wieder auf. Ich möchte der BiK dafür danken, dass sie sich zusammenraufen und diesen Beschluss fassen konnte. Ich bin froh, dass wir, wenn wir diesen Entscheid heute fällen, wieder mehr Klarheit und Verbindlichkeit haben werden. Es war sehr schön, auf einmal den Medien entnehmen zu müssen, dass die BFH nun plötzlich anders organisiert wird. Nun möchten wir hier nicht nach Schuldigen suchen, sondern in die Zukunft schauen. Das sage ich auch als Gemeinderat von Burgdorf. Wir müssen den Blick nach vorne richten und vor allem endlich an die Arbeit gehen und die Beschlüsse umsetzen. Die BFH muss auf die Zukunft vorbereitet und wettbewerbsfähig gemacht werden. Wir wissen, wie die anderen FH aufrüsten oder bereits aufgerüstet haben. Es ist wichtig, dass wir hier mithalten. Den Antrag FDP Sommer erachte ich als ausserordentlich wichtig. Wir können uns nicht das Diskutieren verbieten. Es ist wesentlich, dass dieser Antrag eingebracht wurde. Samuel Krähenbühl hat von der Planungserklärung gesprochen. Ich bin der Meinung, es sei ganz wichtig ist, dass wir etwas Verbindliches haben und die Formulierung der BiK verwenden, statt eine Planungserklärung zu verabschieden. Eine solche ist viel weniger verbindlich als der Grossratsbeschluss, den wir hier vor uns haben. Dies auch wenn wir den Beschluss im Jahr 2012 mit einer klaren Mehrheit gefasst haben.

Fazit: Ich kann zu den Krediten betreffend Bern, Biel und hoffentlich auch Burgdorf mit Überzeugung ja sagen, wenn wir diese Verbindlichkeit haben. Vorhin wurde gesagt, das TecLab sei eine Chance für Burgdorf. Es ist jedoch nicht nur eine Chance für Burgdorf, sondern für das ganze Emmental, und es könnte auch zu einem Leuchtturm für den ganzen Kanton werden. Wenn ich erwähne, dass ich aus Burgdorf komme, sagen die Leute jeweils: «Ah, ja, dort steht das Technikum, das sollten Sie unbedingt bewahren!» Wir können das Technikum auch bewahren. Ich sage schon lange, das «Tech» bestehe weiter in Burgdorf, es befinde sich einfach auf einer anderen Ebene. Ich bitte Sie, den Vorschlag der BiK mit der Änderung im Absatz 4 zu unterstützen.

Sabina Geissbühler, Herrenschwanden (SVP). Die Standortdiskussion hat eine lange Geschichte. Ich war in den Jahren 2011–2013 Mitglied der Kommission BFH. Ich möchte nicht mehr die ganze Geschichte aufrollen, sondern nur noch ein paar Vorkommnisse erwähnen, die das Vertrauen in den Regierungsrat und die Verwaltung stark erschüttert haben. Der erste Standort-Evaluationsbericht aus dem Jahr 2011 des Regierungsrats hatte klar zum Ziel, den Standort Burgdorf mittels Unwahrheiten zu eliminieren. Dazu ein Beispiel: Es hiess, Burgdorf sei sehr schlecht an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden. Daraufhin gab es einen Gegenbericht aus Burgdorf. Insbesondere die SVP-Sektionen des Emmentals haben Geld für diesen gesammelt. Ich war auch in diese Sache involviert. Der Bericht kostete 100 000 Franken. All die Unwahrheiten wurden in diesem Bericht widerlegt. Zweitens: Wir haben eine Motion, die verlangte, alle drei Standorte beizubehalten, aus gutem Glauben zurückgezogen. In der Session, in der diese Motion hätte behandelt werden sollen, stand ein Bericht des Regierungsrats weiter vorne auf der Traktandenliste. Wie Sie gehört haben, wurden die drei Standorte mit sehr grosser Mehrheit angenommen. Wir haben dann unsere Motion zurückgezogen, weil wir dachten, die drei Standorte seien ja nun in den Planungserklärungen festgehalten. In den nächsten Jahren habe ich verschiedene Anfragen und Interpellationen eingereicht. Drei Jahre lang herrschte Funkstille. Wir wussten nicht, was passierte. Im Nachhinein musste ich feststellen, dass die Findungskommission wie auch die Exponenten der FH Maultörche verpasst bekamen. Diese schwierige Situation hatte sogar Opfer zur Folge: Es kam zu sehr bedauerlichen Krankheitsfällen. Das Ergebnis dieser Funkstille waren die vier Varianten, die für viele von uns eine Alibi-Übung waren. Ursprünglich wollte nämlich niemand diese vier Varianten. Ich hoffe, dass wir aus dem ganzen Trauerspiel Konsequenzen ziehen können und dass in Zukunft so wichtige Geschäfte in transparenter, gerechter und ehrlicher Weise dem ganzen Grossen Rat, und nicht nur der zuständigen Kommission, vorgelegt werden.

Gerhard Fischer, Meiringen (SVP). Ich war Mitglied dieser Begleitgruppe. Schauen wir kurz zurück: Im Jahr 2012 haben wir hier im Tag den Entscheid für Biel gefällt. Wir haben verschiedene Planungserklärungen verabschiedet. Eine davon lautete klar, dass Burgdorf ein Standort der BHF bleiben soll. In der Begleitgruppe haben wir vier vorgeschlagene Varianten diskutiert. Wir haben in der Begleitgruppe Stillschweigen vereinbart. Dieses wurde während der ganzen Zeit eingehalten. Den Standortentscheid für Biel und Bern für die BFH sowie Burgdorf für die TF und das TecLab habe ich wegen der positiven Haltung der Grossräte aus dem Emmental und aus der Stadt Burgdorf mitgetragen. Nun entnehmen wir der Medienmitteilung vom Dezember 2016, dass die BFH das Departement WGS aufteilt. Dazu möchte ich ein paar persönliche Bemerkungen anbringen: Wenn dieser Entscheid vor der Arbeit in der Begleitgruppe gefällt worden wäre, wäre die Diskussion in der Begleitgruppe anders gelaufen. Ich bin überzeugt davon, dass Burgdorf ein Standort der BFH bleiben würde, wenn wir drei Standorte geprüft und eine seriöse Nutzwertanalyse vorgenommen hätten. Der Vorteil dieses Szenarios wäre, dass die TF nicht nach Burgdorf ziehen müsste.

Fazit: Ich persönlich bin sehr enttäuscht über das Vorgehen der BFH, akzeptiere aber die bis heute vom Grossen Rat gefällten Entscheide. Ich verhehle jedoch nicht, dass der Kanton Bern in den nächsten Jahren sehr viel Geld in Beton, Stahl und Holz investieren wird. Es handelt sich um drei Standorte – auch in Burgdorf muss investiert werden – und es geht um dreistellige Millionenbeträge. Nun ist es an der BFH, zu beweisen, dass dieses Geld gut investiert ist. Den Erfolg werden wir erst in zehn bis zwanzig Jahren ermassen können. Als unverbesserlicher Optimist bin ich jedoch davon überzeugt, dass sich der gewünschte Erfolg dann einstellen wird.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Wir aus der Region Emmental akzeptieren diesen Entscheid. Ich werde ihn hier nicht inhaltlich würdigen, möchte aber sagen, dass die Aufarbeitung der Ausgangslage ganz wichtig war. Entgegen der Meinung von Bruno Vanoni steht weder ein Kredit noch sonst etwas im Raum für die Region Burgdorf. Es handelt sich vielmehr um reine Absichtserklärungen. Die Region Burgdorf verliert mit dem Weggang der FH einen wichtigen Innovationsmotor für die Wirtschaft in der Region. Das bedauern wir sehr. Wir hoffen, dass wir mit den neuen Institutionen, die in die Region ziehen werden, einen Teil dieser Innovationskraft zurückerhalten. In diesem Sinne möchte ich der BiK für die Aufarbeitung dieser Diskussionen ganz herzlich danken. Ich danke auch dafür, dass man unsere Region in der BiK angehört hat. Weiter hoffe ich, dass wir mit der Verknüpfung dieser Kredite und mit der heutigen Erklärung ein wenig Vertrauen zurückgewinnen, und dass wir nun mit der BFH in eine prosperierende Zukunft starten können. Letztlich stehen wir in einem Wettbewerb, auch mit anderen FH. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Sache rasch anpacken.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP), Kommissionssprecherin der BiK. Im Namen der BiK möchte ich mich ganz herzlich für die konstruktive Diskussion bedanken. Sie bestätigt uns, dass es richtig war, eine solche Erklärung zu verfassen. Nun möchte ich noch der Verwaltung, und insbesondere Sibylle ben Rhouma, für ihre Unterstützung bei diesem Geschäft danken. Ich danke selbstverständlich auch der ERZ für die Unterstützung.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Der Regierungsrat ist Ihnen für diese Erklärung sehr dankbar. Für den Regierungsrat ist der Beschluss des Grossen Rats vom Juni 2016 zur Standortkonzentration der BFH verbindlich. Wir haben schon letzten Sommer damit angefangen, die entsprechenden Projekte aufzugleisen. Anfangs Jahr wurde mit der Ausführung von Projektaufträgen begonnen. Auch die Stadt Burgdorf wurde einbezogen. Es gilt, das TecLab zu entwickeln, die TF Bern nach Burgdorf zu transferieren und Fragen in Zusammenhang mit dem Gymnasium Burgdorf zu klären. Schon letzten Herbst haben wir ERZ-intern ein Kickoff-Meeting durchgeführt. Wir sind somit dabei, diese Vorhaben umzusetzen. Unabhängig vom Ergebnis der heutigen Debatte haben wir unsere Arbeit aufgenommen. Die Frage des Organigramms der BFH war dabei für uns von der ERZ nicht relevant. Ich verstehe die Missstimmungen, die aufgrund des Entscheids der BFH entstanden sind. Meiner Meinung nach war der Entscheid, das Departement WGS organisatorisch anders aufzustellen, aus psychologischer Sicht ungeschickt, wenn auch in der Sache durchaus verständlich. Ich habe dies bereits in der Kommission, aber auch hier vor dem Grossen Rat schon etliche Male gesagt, und ich stehe nach wie vor zu 100 Prozent zu meiner Aussage, die Grossrat Krähenbühl vorgelesen hat: Die räumliche Zusammenführung von Wirtschaft, Gesundheit und Sozialer Arbeit mit der Hochschule der Künste ist für den Erfolg der Zusammenarbeit innerhalb der BFH ganz wichtig. Die räumliche Zersplitterung ist ein entscheidendes Problem für diese Zusammenarbeit. Bei all den Beispielen, die ich in der Kommission genannt habe, ging es immer um die räumliche Nähe, welche eine engere Kooperation möglich macht. Daran hat sich durch den Beschluss der BFH, ihr Organigramm anders zu strukturieren, nichts geändert.

Wie gesagt, haben wir die Arbeit bereits aufgenommen. Die Verzögerungsrisiken entstehen in keiner Art und Weise durch den Regierungsrat. In den letzten Monaten haben verschiedene Kräfte aus welchen Gründen auch immer verlangt, dass die Standortdiskussion wieder aufgenommen werden soll. Dies hat innerhalb des Projekts eine gewisse Verunsicherung ausgelöst. Ich bin sehr froh darum, dass wir mit der heutigen Erklärung Klarheit erhalten und wie bis anhin weiterarbeiten können, um die Zielsetzungen betreffend den Standort Burgdorf weiterzuverfolgen.

Zum Schluss möchte Ihnen noch etwas zum Standort Burgdorf sagen: Wir haben heute wieder ein paarmal gehört, Burgdorf habe den Entscheid zähneknirschend zur Kenntnis genommen, und das TecLab sowie die TF seien gewissermassen Trostpreise. Das ist meiner Meinung nach inhaltlich falsch. Ich hatte bisher den Eindruck, dass die Stadt Burgdorf, das heisst insbesondere die frühere Stadtpräsidentin sowie der heutige Stadtpräsident, im TecLab und in der TF nicht einen Trostpreis sehen. Liebe Grossrätinnen und Grossräte, wenn ich schaue, wohin unsere Wirtschaft geht, und wie sich die Industrie entwickelt – Stichwort «Industrie 4.0» sowie die Herausforderungen aufgrund der Ressourcenknappheit – dann denke ich, dass die TF Bern und das TecLab vielmehr eine Riesenchance für Burgdorf sein könnten. Vielleicht sogar die grössere Chance, als das Departement WGS oder ein Teil davon gewesen wäre. Am «Spirit of Berne»-Tag der Uni Bern war auch der Chef der Forschungsabteilung der NASA anwesend, der immerhin über Forschungsgelder im Umfang von fünf oder sechs Milliarden Franken pro Jahr verfügt. Er wurde gefragt, was man tun müsse, um den Standort Bern zu stärken. Seine Antwort lautete: «Ich würde Ihnen empfehlen, eine technische Hochschule [also die BFH] zusammen mit einer technischen Fachschule [das heisst mit Praktikern] gemeinsam Forschungslabore entwickeln zu lassen.» Genau das tun wir mit dem TecLab in Burgdorf. Ich bin klar der Meinung, dass wir das, was wir in Burgdorf tun, als Chance anschauen sollen. Wenn wir die aktuelle wirtschaftliche und technologische Entwicklung betrachten, sind diese Einrichtungen in erster Linie eine Chance, und in keiner Weise ein Trostpreis. Deshalb werden wir uns von Seiten der Regierung stark dafür einsetzen, diese Vorhaben auch zu realisieren. Ich bin sehr froh, dass wir mit dieser Erklärung eine klare Unterstützung vom Grossen Rat erhalten. Wir wissen nun, dass Sie wollen, dass wir so weiterarbeiten. Wir haben dies schon vor einem Jahr so verstanden. Mit Ihrer Zustimmung wird dies heute nochmals bestätigt.

Präsidentin. Wir kommen somit zur Abstimmung über das Traktandum 17: Erklärung des Grossen Rats zur Standortkonzentration der BFH. Ich möchte folgendermassen vorgehen: Zuerst stimmen wir je einzeln über die beiden Anträge der BDP ab. In einem zweiten Teil möchte ich die Ziffern 1–4

des eigentlichen Dokuments durchgehen. Dann behandeln wir auch den Antrag Sommer zu Ziffer 4. Können wir so vorgehen? – Da ist der Fall. Somit starten wir mit dem Titel. Wir stellen den Antrag BiK dem Antrag BDP Kohli gegenüber. Wer den Antrag BiK annimmt, stimmt ja, wer den Antrag BDP/Kohli annimmt, stimmt nein.

Abstimmung (Titel; Antrag BiK («Grossratsbeschluss») gegen Antrag BDP (Kohli, Bern) («Erklärung»))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Antrag BiK

Ja	134
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin. Sie haben den Antrag BiK angenommen. Das heisst, es gilt der Antrag BiK. Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Hier geht es um die Antragsart, das heisst um Genehmigung oder Kenntnisnahme. Wer den Antrag BiK annimmt, stimmt ja, wer den Antrag BDP annimmt, stimmt nein.

Abstimmung (Antrag BiK («Genehmigung») gegen Antrag BDP (Kohli, Bern) («Kenntnisnahme»))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Antrag BiK

Ja	133
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben den Antrag BiK angenommen. Somit kommen wir zu den Erklärungen. Ich habe keine Wortmeldungen zu den Ziffern 1–3 gehört. Ist es richtig, dass diese unbestritten sind? – Dies scheint der Fall zu sein. Somit sind die Ziffern 1–3 stillschweigend angenommen. Wir kommen zu Ziffer 4 dieser Erklärung. Es liegt ein Antrag vor. Wer dem Antrag FDP und BiK zustimmt, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 4; Antrag FDP (Sommer, Wynigen)/BiK)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	141
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben den Antrag FDP und BiK angenommen. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer diesen Grossratsbeschluss betreffend Erklärung des Grossen Rats zur Standortkonzentration der BFH annehmen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Erklärung

Ja	144
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin. Wir haben ein sehr klares Ergebnis: Sie haben diesem Grossratsbeschluss zuge-

stimmt. Ich komme nun zu einem Ordnungsantrag, der uns heute Morgen kommuniziert wurde. Ich bitte die Antragstellerin, Grossrätin Wälchli, diesen kurz vorzustellen. Dann werden wir über diesen abstimmen, bevor wir zum Traktandum 18 weitergehen.

Käthi Wälchli, Obersteckholz (SVP). Sie haben gestern meinem Ordnungsantrag für eine freie Debatte über die Wasserstrategie zugestimmt. Aus diesem Grund können wir die Motion mit der Traktandennummer 39 vorziehen und gleichzeitig über die Abschreibung befinden und dieser zustimmen.

Präsidentin. Nun habe ich gerade die Wahlresultate erhalten und könnte diese jetzt bekanntgeben. Doch zuerst habe ich eine Frage an Peter Sommer. *(Die Präsidentin bespricht sich kurz mit Grossrat Sommer.)* Wir haben gerade entschieden, damit noch zu warten. Wir werden nun den Antrag von Grossrätin Wälchli behandeln. Ist der Antrag bestritten? – Ich sehe keine Wortmeldung, somit ist der Antrag unbestritten und stillschweigend angenommen.